



Zeitung des Bildungssyndikats Münster - Ausgabe 9/ November 2001

Demonstriert gegen Krieg und Militarismus!

01.12.2001, 11.00 Uhr
vor dem deutsch-niederländischen Korps
(Hindenburgplatz)

Protestiert gegen die neoliberale Bildungspolitik!

Aktionswoche vom
10. – 15. 12.2001

WATTS GATS?

Beim GATS-Abkommen geht es um die Etablierung eines Grundrechtskatalogs für multinationale Unternehmen, eine Degradierung des Bürgers zum Konsumenten und des Staates zum Dienstleister.

Kommerzialisierung des Bildungswesens als Teil der Privatisierung des öffentlichen Dienstes.

Durch das GATS-Abkommen wird Bildung zur Ware gemacht. Hochschulsysteme werden EU-weit besser aufeinander abgestimmt, so dass Bildungseinrichtungen besser miteinander konkurrieren können. Nationale Bildungspolitik und Gesetzgebung werden dem Freihandel untergeordnet. Die entsprechenden Länder können bei Missachten der Regeln des GATS-Abkommens

verklagt werden (die WTO kann Handelsanktionen erlassen).

Das, was die EU-Minister und der Europäische Kommissar für Handel (Pascal Lamy) in den laufenden GATS-Verhandlungen zusagen, nimmt direkten Einfluß auf den Alltag von Schüler- und StudentInnen.

Nötig ist daher eine öffentliche Debatte, mangels demokratischer Strukturen in der EU fällt sie bisher unter den Tisch. Instrumente des Freihandels, wie eben das GATS, präsentieren sich gerne als rationale Mittel zur Verfolgung eines konsensfähigen, quasi politisch neutralen Ziels, der Wohlfahrt aller. Dabei ist es relativ einfach einen Konsens auszuhandeln, wenn die Bevölkerung gar nicht gefragt werden, bzw. diese Regelungskompetenzen an ein handels-

rechtliches Schiedsgericht delegiert werden. De facto werden innerstaatliche, in vielen Ländern demokratisch erreichte Rechts- und Gesellschaftssysteme durch sterile GATS-Regeln ersetzt. Dem GATS ist eine Regelung eingebaut, die zur fortschreitenden Liberalisierung aller Dienstleistungssektoren verpflichtet, so erleichtert dieser Vertrag es den multinationalen Konzernen und den weltweit vernetzten Wirtschaftslobbyisten, Druck auf ihre Regierungen auszuüben.

Früher hatte der Staat eine prinzipielle Allzuständigkeit, d.h. er konnte sich z.B. für Arbeitnehmerschutzfragen gegenüber der Bevölkerung nicht für unzuständig erklären, während jetzt durch die WTO (diese behandelt nur Handelsfragen) Menschenrechts- Arbeitnehmerschutz- und Umweltprobleme auf

Interhelpo – das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“. Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet – genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum „gegenseitige Hilfe“? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, un stellt einen unverzichtbaren Teil anachistischer Theorie und Praxis dar.

andere Institutionen (UNCTAD, ILO etc.) abgewälzt werden können.

Gesundheit und Bildung sind Dienstleistungen, wie Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung. Sie gehörten bisher weitgehend zur staatlichen Infrastruktur unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge. Nun sollen sie schrittweise zu Handelsgütern werden, wie auf dem Sektor der Telekommunikation bereits geschehen.

Der Dienstleistungssektor macht 65 % in der deutschen Wirtschaft aus. Hieran erkennt man das große Interesse der Industrienationen, diesen Bereich der Wirtschaft zu liberalisieren.

Z.B. kann man davon ausgehen, dass im Jahre 2025 die Nachfrage nach Wasser um 65% höher ist, als die verfügbaren Trinkwasserressourcen.

Beispiel: Bolivien musste auf Druck der Weltbank die öffentliche Wasserversorgung der Region Cochabamba privatisieren, diese wurde vom US-Konzern Bechtel gekauft und der Wasserpreis stieg innerhalb von Wochen auf das Doppelte. Bolivianische Familien mussten ein Zwanzigstel ihres Einkommens für die Wasserversorgung ausgeben. Nach anhaltenden Protesten und Massenstreiks der bolivianischen

Bevölkerung wurde die Aktion zurückgenommen, jetzt klagt Bechtel auf Schadenersatz.

Im Bereich Gesundheit drängt man zu einer Angleichung an die amerikanischen Gesundheitssysteme: Vor dem Crash in Seattle verkündete die US-Amerikanische Handelsvertreterin Charlene Bersheksky, dass es dem europäischen Gesundheitssystem, das den amerikanischen Handelsinteressen unnötigen Widerstand leistet, mittels der WTO an den Kragen geht.

Beispiel Bildungswesen: Ableger englischsprachiger Hochschulen drängen auf den europäischen Markt. Die Unternehmensberatung Merrill Lynch bezifferte in einer Studie den weltweiten Bildungsmarkt der kommenden Jahre auf 2200 Milliarden Dollar im Jahr. Mehrere große deutsche Unternehmen wollen z.B. im nächsten Jahr eine eigene Universität gründen, die Internationale Business School. Der Aufsichtsratsvorsitzende Gerhard Cromme hat die Koordinierung der Planung übernommen in Zusammenarbeit mit den Unternehmenschefs Rolf Breuer (Deutsche Bank), Jürgen Schempp (Daimler/Chrysler), Ulrich Hartmann (E.ON), Henning Schulte-Noelle (Allianz).

So sagte Rolf Breuer auf der Tagung Bad Homburg: „Die Universität liefert nicht das ab, was der Unternehmer braucht“. Er kritisiert, dass Deutschland auf Absolventen aus dem Ausland angewiesen sind, weil es den staatlichen Hochschulen „an Internationalität mangelt und sie keine Eliten hervorbringen“.

Der von Referenten der Bremer Bildungsbehörde ausgearbeitete Gesetzesentwurf besagt, dass Bremer Schulen möglicherweise „rechtsfähige Anstalten des Öffentlichen Rechts“ werden und Tochterfirmen gründen dürfen, mit denen sie eigene Einnahmen erzielen können. Schulen bekommen dann ein festes Budget zum eigenständigen Wirtschaften und der Schulleiter wird von einem kaufmännischen Leiter „unterstützt“. Ihre im Unterricht hergestellten Produkte können mittels der gegründeten Tochterfirmen verkauft werden.

Wo geht's hin? Offenbar zur Kommerzialisierung aller Lebensbereiche weltweit, als oberstes Prinzip und alternatvlose Tatsache. Fehlt noch: Geburt und Tod. Aber selbst an deren Kommerzialisierung wird gearbeitet.

JETZT REICHT'S: BILDUNG FÜR ALLE UND UMSONST!

Aktionswoche gegen neoliberale Bildungspolitik europaweit und in Münster

*Studiengebühren,
Sparmaßnahmen,
Uni-Privatisierung...*

Die Ziele der Bildung ändern sich rapide, stellen sich in den Dienst der privaten Wirtschaft. Europa- und weltweit sehen sich StudentInnen und Schüler mit

ähnlichen Problemen konfrontiert. Ursachen sind auch in der EU-Politik zu suchen.

Als es 1997 zum „Streik“ der Studierenden in der BRD kam, gab es Unterstützung von allen Seiten: Der Protest sei berechtigt, die neoliberale Bildungspolitik der Regierung Kohl reformbedürftig. Studis und SchülerInnen ließen sich vor den Karren von Sozial-

demokraten und Grünen spannen und nicht wenige haben wohl tatsächlich geglaubt, daß eine sozialdemokratische Bildungspolitik Verbesserungen bringen würde. Tatsächlich hat die SPD populistisch versprochen, keine Studiengebühren einzuführen. Wer's glaubt hat, ist selber schuld: Nordrhein-Westfalen ist eines der Bundesländer, das spätestens 2004 Gebühren für sogenannte „Langzeitstudenten“ (das sind

diejenigen, die nebenbei arbeiten müssen, um studieren zu können, diejenigen, die aus Arbeiterfamilien kommen...) einführen wird. Unter anderem macht das die Chipkarte möglich. Niedersachsens Wissenschaftsminister Thomas Oppermann (SPD) plädierte längst öffentlich für die Einführung von Studiengebühren. Beträge von bis zu 3.000 DM pro Jahr stehen im Raum. Saarland und Bremen planen ebenfalls Gebühren für Langzeitstudenten. In Bayern wird schon jetzt beim Zweitstudium hingelangt. 1000 Mark pro Semester müssen die StudentInnen ab dem ersten Semester zahlen. Bundesweit bieten die Hochschulgesetze mehrerer Bundesländer die Möglichkeit, Gebühren für Aufbau- oder Ergänzungsstudiengänge zu erheben. Auch in Rheinland-Pfalz ist man dieser Möglichkeit aufgeschlossen. Der zu ständige Minister, Jürgen Zöllner, hatte vor einhalb Jahren die Diskussion um Studiengebühren mit einem ganz neuen Vorschlag belebt: Gutscheine fürs Studium. Öffentlich verteidigte Bundesbildungsministerin Buhlman die Württembergischen Studiengebühren.

Jetzt zu klagen, die SPD hätte Wahlversprechen gebrochen und sei ganz gemein, heißt darauf zu vertrauen, daß sie es dann besser macht. Unsinn! Sie wird wieder Versprechungen machen und diese wiederum brechen – wie seit über 100 Jahren. Sie wird sich auf angebliche „Sachzwänge“ zurückziehen und den Bildungsbereich marktradikalen Think-Tanks, kapitalistischen Organisationen wie dem ERT (European Round Table of Industrialists) oder dem wirtschaftsnahen CHE (Centrum für

Hochschulentwicklung) überlassen – und zwar gerne, denn Bildung ist eine Wirtschaftsressource und Sozialdemokraten wie alle anderen Berufspolitiker schießen auf Bildung als Wert an sich.

Wer heute studieren will und sich damit marktverwertbar machen will, geht sowieso an eine der aus dem Boden schießenden Privatuniversitäten, einer der unsäglichen Wiederentdeckungen des neoliberalen Kapitalismus, und zahlt 15.000 DM für ein Semester. Das kann sich natürlich erst recht nur die Elite leisten, die auch weiterhin unter sich bleiben will.

Längst liegt die Weichenstellung in der Hochschul- und Bildungspolitik nicht nur in den Händen der Bundespolitiker. Schaut man genauer hin, liegt der Schlüssel zu Politikerversprechungen in Brüssel - in den Händen der EU (die wiederum sehr genau auf das hört, was der ERT zu sagen hat) und nicht zuletzt bei der WTO (World Trade Organisation). Mit dem 1994 beschlossenen internationalen Handelsabkommen "GATS" ist man dort zur Zeit auf dem Wege, den Schul- und Hochschulsektor in die Hände der privaten Wirtschaft zu legen. Dienstleistungen, darunter auch Gesundheitsfürsorge und Bildung, werden unter GATS als handelbare Ware deklariert.

Die Öffnung des Bildungssektors laut GATS wird auf nichts anderes als eine Privatisierung hinauslaufen und diese ist in ihren Grundzügen längst im Rahmen der EU ausgehandelt und auf nationaler Ebene nur noch umzusetzen – soweit sie nicht sowieso schon lange umgesetzt wird. Eine Rückführung des

Schul- und Hochschulbetriebes in staatliche Hände ist, sind diese Bereiche einmal für die Privatwirtschaft freigegeben, laut GATS-Vertrag praktisch unmöglich.

Im Hinblick auf einen harten Wettbewerb um Sponsorengelder und einträgliche Koalitionen mit der freien Wirtschaft macht es in wirtschaftspolitischer kapitalistischer Logik also Sinn, zur Attraktivitätssteigerung mehr Geld in die Forschung zu pumpen, während der Lehrbetrieb weiter sponsorenreif gespart wird. Also weiterhin volle Hörsäle und Schulklassen trotz Förderspritzen für die demnächst auch privatfinanzierte Forschung.

Human Resources - wie der Mensch zum Rohstoff wird

Längst sind in offiziellen Dokumenten und internationalen Verträgen innerhalb der EU Arbeitnehmer, Schüler oder Studenten zur Humanressource geworden. Der Sprachgebrauch spricht Bände: Da die Hauptaufgabe der Bildung darin bestehen soll, Humanressourcen im Dienste der Unternehmen auszubilden, verwundert es nicht, daß das Privatkapital - entsprechend der Marktlogik - dem Bildungswesen die eigenen Ziele und Prioritäten aufzuzwingen sucht. Bildung wird als Marktsegment behandelt. Politiker akzeptieren natürlich bereitwillig, daß der Markt über Ziele und Organisation der Bildung bestimmt. Auch das in weiten Teilen noch staatliche Bildungswesen versteht sich als Zulieferbetrieb für maßgeschneiderte Humanressourcen.

So wird das Bildungswesen nach und nach zu einem „Ort“ mit Kriegskultur. Die Trennlinie zwischen Gewinnern und Verlierern verläuft zwischen den Inhabern umfangreicher und zunehmend teurer erkaufter Bildung und ungebildeten Humanressourcen. In unserem Bildungssystem wird die Auswahl der „Besten“ immer wichtiger. Die Bildung von Eliteschulen und die lange verpönte Hochbegabtenförderung sind dagegen längst wieder gesellschaftsfähig. Das Wissen, so die landläufige Rechtfertigung der neoliberalen Globa-

Termine in der Aktionswoche

12.12., 12.00 Uhr im F1 (Fürstenberghaus, am Domplatz): Vollversammlung aller Münsteraner Bildungsbetroffenen: SchülerInnen, LehrerInnen, StudentInnen, DozentInnen

13.12.: Aktionstag des Bildungssyndikats Münster am Institut für Soziologie

15.12.: Demonstration gegen Privatisierung und Studiengebühren! Mit Besuch beim Landesparteitag der SPD in der Halle Münsterland! Die Sozialdemokraten haben uns nicht verraten, es war nie etwas anderes von ihnen zu erwarten!

...und mehr

lisierung, ist zur bedeutendsten Ressource der "neuen Wirtschaft" geworden (gerade in Europa!).

Neo-Liberalismus - eine Lösung für die "Chosen Few"

Verkauft wird die Logik des Neoliberalismus als Weg zu Vollbeschäftigung und Gerechtigkeit. Welcher Irrtum, zeigt doch gerade das Beispiel USA, wo der Weg hinführt: Trotz eines beispiellosen Wirtschaftsbooms in den 90ern, trotz geringer Arbeitslosigkeit, trotz des wohl weltweit höchsten Entwicklungsstandes in der Informations- und Kommunikationstechnologie, trotz

Spitzenuniversitäten bleibt das allgemeine Schulbildungsniveau erbärmlich.

Gespalten wird die Gesellschaft in der Folge in produktive und unnütze Humanressourcen. Ein neo-liberales Kastenwesen entsteht, aus dem es für die Angehörigen des neuen Proletariats der „Nichwissenden“ kein Entrinnen gibt. Da in der Kaste der Wissenden nur beschränkte Humanressourcen benötigt werden, muß der Zugang zu ihr elitär sein. „Moderne“ Ausländerpolitik zeigt, wo der Weg hinführt: Green-Cards für die Kaste der Wissenden, Abschiebungen für unnütze Humanressourcen.

Es ist sinnvoll, gegen WTO, EU und sonstwen zu protestieren, gegen die Apologeten einer kapitalistischen Glo-

balisierung, die neben vielen anderen Bereichen auch die Bildung betrifft. Darüber sollten wir aber nicht vergessen, daß die Konsequenzen der Globalisierung uns hier treffen: Sei es die geplante Privatisierung der Stadtwerke (ebenfalls Konsequenz von EU-Politik, aber auch „vorausiegender Gehorsam“ der lokalen politischen Elite) oder seien es die Konsequenzen an den Schulen und Unis. Daher wird auch in Münster vom 10. – 15. 12. Eine Aktionswoche stattfinden. Nehmt teil an den einzelnen Aktionen der verschiedenen Gruppen und stellt klar, daß ihr eine andere Bildung wollt, daß ihr alle Bildung wollt, daß ihr dafür nicht bezahlen wollt!

BILDUNG UND MILITARISMUS

Was die Universitäten mit dem Militär zu tun haben

Die Forderung ist alt: StudentInnen haben schon oft betont, daß die (finanzielle) Bildungsmisere doch nicht sein müsse, wenn der Staat das Geld einfach in die Rüstung stecken würde anstatt in die Rüstung. Für wesentliche „Großvorhaben“ hat die Bundeswehr von 1997 – 2001 eine Summe von 108 890,6 Millionen DM eingeplant. Für die sogenannte „Verteidigung“ wird – trotz Kürzungen – vom Staat das dreifache ausgegeben wie für die Bildung.

Innerhalb einer staatlichen Ordnung mag die Forderung einer „Umverteilung“ dieser Gelder in Ordnung sein, aber ganz so einfach ist das alles dann doch nicht. Eindeutig wird die Gesellschaft weltweit, bundesweit und lokal militarisiert und ein Teil dieser Gesellschaft ist nun mal der Bildungsbereich, konkret: die Universitäten. Während StudentInnen für Feierlichkeiten, Kundgebungen etc. Universitätsgelände, insbesondere den Platz vor dem Schloß gar nicht oder nur mit Ach und Krach zur Verfügung gestellt bekommen, darf das deutsch-niederländische Korps hier Zapfenstreich oder den Abschluß der unsäglichen „Münsteraner Abendmärsche“ zelebrieren.

KOMMT AM 1.12. UM 11.00 UHR ZUM DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHEN KORPS UND DEMONSTRIERT GEGEN KRIEG UND MILITARISMUS!

Der Krieg ist in Afghanistan, vorbereitet wird er hier!

Das sind aber nur die sichtbaren Zeichen dafür, daß die Universität mit Militarismus keine Probleme hat (wer hätte was anderes erwartet?). An Universitäten wird geforscht, und Forschung soll einen ökonomischen Zweck haben. Es ist kein Geheimnis, daß Forschungen – gerade in naturwissenschaftlichen Bereichen, aber natürlich auch in den Geisteswissenschaften – auch vom Bundesministerium für Verteidigung (im folgenden richtig Kriegsministerium genannt) finanziert werden, und das will natürlich verwertbare Ergebnisse sehen.

Die Uni Münster hat im Jahr 2000 54.9 Millionen DM an Drittmitteln für Forschungszwecke ausgegeben. Nach den Recherchen von Rainer Rilling (Uni Marburg) hat die Uni Münster allerdings kein Geld vom Kriegsministerium bekommen.

Also alles in Butter? Keine militärisch relevanten Forschungen an der Universität Münster?

Weit gefehlt. Der „Verteidigung“ fehlt es ja auch immer an Geld

und daher gibt es das Konzept des „dual use“, kurz gesagt: der Militärisch-Industrielle Komplex (MIK) wird hier relevant. Forschungsprojekte werden von Privatkonzernen oder deren Stiftungen finanziert, die Ergebnisse sind dann sowohl im zivilen wie auch im militärischen Bereich nutzbar. Die Uni Münster etwa gehört zu den renommiertesten im Bereich der zukunftsrelevanten Nanotechnologie – einem Bereich, der das Militär natürlich brennende interessiert.

Es ist nicht damit getan, eine Umverteilung von Geldern aus dem Militär- in den Bildungsbereich zu fordern. Damit sind die Militaristen und Kriegstreiber durchaus zufrieden. Sie sparen Geld und bekommen dennoch, was sie wollen. Konsequenter Antimilitarismus muß alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen und immer fragen, wel-

che militärische Relevanz andere Bereiche haben könnten.

Nicht nur gegen den Krieg in Afghanistan und gegen die NATO, gegen das Luftwaffentransportkommando und das deutsch-niederländische Korps, gegen Zapfenstriche und Abendmärsche, auch gegen Forschungen für das Militär – ob offen oder verdeckt – in Münster und anderswo werden wir demonstrieren!

Ein Lehrstück in Sachen Parlamentarismus

Vor ein paar Wochen stimmte die grüne Bundestagsfraktion Schilys Terrorpaket Zwei zu, und damit einer Innenpolitik, für die Schwarz-Gelb vor fünf Jahren wohl kaum eine eigene Mehrheit gehabt hätte und die Opposition ein spöttisches Lachen. Dafür gab es ein paar lächerliche Zugeständnisse beim Zuwanderungsgesetz, was dann gleich Kompromiss genannt wurde und überhaupt ein bahnbrechender Erfolg grüner Regierungspolitik. Vor ein paar Jahren wären sie noch auf die Barrikaden oder nach Karlsruhe gegangen. Mit ein bißchen Glück wird uns das Ausländergesetz jedoch in seiner unverändert unerträglichen Form erhalten bleiben, da der Rechtsblock aus stumpfer Oppositionslogik nicht mal einem Gesetz zustimmt, in das der Innenminister ihre geheimsten Wünsche in der Ausländerpolitik fast unverändert – wenn auch etwas undeutlich – reingeschrieben hat. Das könnte man dann die unverkennbar grüne Handschrift in der rot-grünen Koalition nennen. Aber das reichte noch nicht. Schröderscharping will seine Jungs ohne zu fragen in der ganzen Welt rumballern lassen und verknüpft deshalb das entsprechende Ermächtigungsgesetz mit der Vertrauensfrage. Man könnte es auch Erpressung nennen. Mit dem Ergebnis, dass zwar die Mehrheit der Befürworter dieses Gesetz im Parlament mit „Nein“ quittiert, dafür aber seine Gegner in den eigenen Reihen (es gibt ja nicht nur laute) zustimmen. Dem Kanzler, der zwar rot-grüne

Geschlossenheit demonstrieren will, aber seinen Koalitionspartner eigentlich nicht mehr braucht und ihn mit aller Macht an den Abgrund treibt, wird das Vertrauen ausgesprochen. Man hätte 98 wohl mal die Parteiprogramme lesen sollen, dann fühlte man sich jetzt nicht so verarscht. Oder?



Globalisierung und Widerstand

60 Seiten, 6,- DM

aus dem Inhalt:
Was ist Globalisierung?
Was ist Neoliberalismus?
Institutionen der Globalisierung
Auseinandersetzungen mit Tute Bianche, ATTAC etc.
Globalisierung und Nationalstaat

Zu bestellen bei:
FAU Münster
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster
faums4@fau.org

Ab 5 Ex. 33% Wiederverkäuferrabatt!
Die Gewinne gehen an die Kriminalisierten von Göteborg und Genua.



STETS ZU DIENSTEN

Call Center und die Schattenseiten der Dienstleistungsgesellschaft

Call Center schießen überall wie Pilze aus dem Boden. Von der Fahrplanauskunft bis zur Finanzberatung gibt es (fast) nichts, was diese Telefondienstleistungsagenturen nicht anbieten. Der Boom der Branche wird als Erfolgsgeschichte gepriesen, die uns den Weg in die Informations- und Dienstleistungsgesellschaft weist.

Für einen großen Teil der von Call Centern erbrachten Dienstleistungen gilt, dass sie keine außergewöhnlichen Qualifikationen erfordern und daher von un- oder angelernten Beschäftigten erbracht werden können. Wichtigste Voraussetzung ist lediglich ein einigermaßen passables Beherrschen der Landessprache in Wort und Schrift. Ein kleiner Unterschied besteht lediglich zwischen Inbound- und Outbound-Call Centern, da bei letzteren erst der Kontakt zum wahrscheinlich zunächst misstrauischen Gesprächspartner hergestellt werden muss. Das erfordert ein wenig mehr »kommunikatives Geschick« – nichts, was nicht binnen kurzer Zeit eingeübt werden könnte. Die ansonsten notwendigen Computerkenntnisse und die Regeln für den Umgang mit den Kunden können in einer Anlernzeit von wenigen Tagen erworben werden. Außerdem können gerade an Hochschulstandorten Vertrautheit im Umgang mit Computern und kommunikative Fähigkeiten als Allgemeinbildung vorausgesetzt werden, die nicht gesondert vergütet wird.

